Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Öffentl. Sitzung (Ö/N)	Abstimmungsergebnis		
			Dafür	Dagegen	Enthalt.
Ausschuss für Schule und Kultur	21.11.2017	Ö			
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Personal	27.11.2017	Ö			
Verwaltungsausschuss	30.11.2017	N			
Rat	07.12.2017	Ö			

Betreff: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück über die Erstattung von Schulsachkosten

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bramsche schließt mit dem Landkreis Osnabrück die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu den Schulsachkosten nach § 118 NSchG in der anliegenden Fassung ab.

Sachverhalt / Begründung:

Die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den kreisangehörigen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden (nachfolgend „Gemeinden“) über die Beteiligung des Landkreises an den Schulsachkosten der Gemeinden nach § 118 des Nds. Schulgesetzes (NSchG) wurde 2014 neu gefasst. Nach § 118 NSchG in Verbindung mit den hierzu erlassenen Durchführungsvorschriften hat der Landkreis den Gemeinden für die Sekundarschulen in ihrer Trägerschaft zwischen 55 % und 80 % der laufenden Schulsachkosten zu erstatten. Diese Beteiligung des Landkreises an den Schulsachkosten erfolgte vor dem Abschluss der genannten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung in Form einer einheitlichen Pauschale pro Schüler. Die zurzeit noch geltende Vereinbarung, welche am [31.12.2017](#) ausläuft, sah erstmals keinen festen Pro-Schüler-Betrag vor, sondern ein Gesamtbudget, dessen Verteilung nach der jeweiligen Anzahl der Schüler in den Sekundarschulen jährlich neu berechnet wurde. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass Schulsachkosten zu einem erheblichen Teil durch Fixkosten bestimmt werden, die sich nicht im gleichen Umfang verändern, wie die Schülerzahlen. Es wurde daher ein jährliches Budget vereinbart, das von 5,16 Mio. € in 2014 auf 5,29 Mio. € in 2017 ansteigen sollte. Obwohl somit keine Spitzabrechnung nach den tatsächlichen Schulsachkosten erfolgt ist, kann aufgrund früher getätigter Kostenberechnungen der Gemeinden davon ausgegangen werden, dass sich die Kostenbeteiligung eher am unteren Rande des gesetzlichen Rahmens bewegte. Eine Aktualisierung unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung war daher bereits in § 6 der Vereinbarung dergestalt vorgesehen, dass deren Geltung bis Ende 2017 befristet und eine Überprüfung der Angemessenheit für die Folgejahre vereinbart war.

Ende 2016 wurde den Gemeinden durch den Landkreis Osnabrück in Aussicht gestellt, dass das Budget bereits in 2017 um rund 1,1 Mio. € angehoben werden soll.

In der Bürgermeisterkonferenz am [14.06.2017](#) wurde mit dem Landkreis vereinbart, dass das Budget für die Schulsachkostenerstattung für 2017 neu auf 6,4 Mio. € festgelegt werden soll. Ab dem Jahr 2018 erhöht sich dieses Budget dann um 1% pro Jahr. Das Gesamtbudget wird entsprechend der amtlichen Schülerzahlen der Haupt-, Real- und Oberschulen des jeweiligen Vorjahres auf die Gemeinden verteilt.

Die Bürgermeisterkonferenz hat sich ferner darauf verständigt, dass die Kreisschulbaukasse weiterhin ruhen soll. Grundsätzlich sieht § 118 NSchG vor, dass sich die Landkreise an den Kosten von Schulbaumaßnahmen durch die Unterhaltung einer Kreisschulbaukasse beteiligen, die zu zwei Dritteln vom Landkreis und zu einem Drittel durch eine Umlage von den Gemeinden finanziert wird. Im Landkreis Osnabrück ist bereits vor vielen Jahren das Ruhen der Kreisschulbaukasse im Einvernehmen mit allen Gemeinden vereinbart worden. Das bedeutet, dass keine Umlage zur Finanzierung der Kreisschulbaukasse erhoben wird und grundsätzlich förderfähige Schulbaumaßnahmen durch den Landkreis Osnabrück nicht bezuschusst werden. Zudem werden seitens des Landkreises Einzelfördermaßnahmen im Rahmen von Schulneubauten bzw. Schulsanierungen nicht durchgeführt.

Stattdessen beteiligt sich der Landkreis Osnabrück an den Aufwendungen für die Instandhaltung bzw. -setzung der Sek-I-Schulgebäude der Gemeinden. Bisher wurde die Auffassung vertreten, dass diese Aufwendungen mit der Schulsachkostenbeteiligung abgegolten sind. Im Rahmen der Neuverhandlungen der Schulsachkostenvereinbarung konnte eine Einigung dahingehend erzielt werden, dass ab dem Jahr 2018 dafür ein Pro-Schüler-Betrag in Höhe von 96,25 € zur Verfügung gestellt wird. Die Festsetzung erfolgt auf der Basis der amtlichen Schülerzahlen des jeweiligen Vorjahres. Der Pro-Schüler-Betrag erhöht sich ab dem Jahr 2019 jährlich um 1%. Diese Beträge werden zusätzlich zu dem Budget für die Sachkostenerstattung gezahlt.

Die Vereinbarung soll rückwirkend zum [01.01.2017](#) in Kraft treten. Sie soll dann bis zum [31.12.2022](#) gelten. Hintergrund für diese fünfjährige Laufzeit ist, dass zukünftig die politischen Gremien jeweils für eine Wahlperiode eine Regelung beschließen sollen. Auf diese Weise sollen die Gemeinden und der Landkreis Planungssicherheit erhalten.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 25.09.2017 einstimmig die Eckpunkte der Neuregelung für die Vereinbarung beschlossen.

Die abzuschließende Vereinbarung ist als **Anlage** dieser Vorlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen der Neuregelung für die Vereinbarung zu den Schulsachkosten

Nach der bisherigen Regelung zur Schulsachkostenerstattung durch den Landkreis Osnabrück ergab der Zuschuss für Schüler des Sekundarbereichs I bei einem Gesamtbudget in 2017 von 5.284.000 € einen Sachkostenbetrag je Schüler/in von 500,43 €.

Durch die Erhöhung des Gesamtbudgets ab 2017 auf 6.400.000 € ergibt sich – bei insgesamt 10.599 Schülern, die im Landkreis eine Haupt-, Real- oder Oberschule im Schuljahr 2016/2017 besuchten – ein neuer Sachkostenbetrag je Schüler/in von 606,12 €.

In **2017 erhöht** sich damit die Zahlung des Landkreises für die Hauptschüler in Bramsche (274 Schüler einschl. 32 Schülern in den früheren Sprachlernklassen der HS in der LAB Hesepe) **von 137.116,77 € auf 166.076,34 €.**

In 2018 ist danach – unter Berücksichtigung der jährlichen Steigerung des Gesamtbudgets um 1 % (in 2018 also auf 6.464.000 €) – **mit folgender Sachkostenerstattung des Landkreises an die Stadt**

Bramsche zu rechnen:

Für 210 **Hauptschüler** (SJ 2017/2018 – keine Sprachlernklassen) X rd. 612 € = **ca. 128.520 €**

Für die 115 Schüler der **Realschule**, die seit dem Schuljahr 2017/2018 im Gebäude Heinrichstraße unterrichtet werden, ist dann ebenfalls eine Sachkostenerstattung in Höhe von **ca. 70.380 €** zu erwarten.

Hinzu kommt nach § 3 (neu) der Vereinbarung **ab dem Jahr 2018** die Beteiligung des Landkreises an den Aufwendungen für die Instandhaltung bzw. –setzung der Schulgebäude der Gemeinden. Der Pro-Schüler-Betrag in Höhe von 96,25 € in 2018 ergibt für die Haupt- und die Realschüler (in der Heinrichstraße) eine Gesamterstattung in Höhe von **31.281,25 €**.

Sachkostenerstattung der Stadt Bramsche für die Schüler an der IGS Bramsche

Nach der Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück über die Erstattung von Sachkosten für Schüler aus Bramsche an der IGS zahlt die Stadt einen jährlichen Schulsachkostenbetrag in folgender Höhe: Der Sachkostenbetrag wird für anteilig 70 % der Schüler (geschätzter Anteil der IGS-Schüler, die ohne das Bestehen der IGS die Hauptschule oder die Realschule in städtischer Trägerschaft besuchen würden) an den Landkreis gezahlt, allerdings nicht in voller Höhe, sondern zu 45 von 55 anteilig. Grund hierfür ist, dass der Landkreis ja 55 % der Schulsachkosten für die Schulen in städtischer Trägerschaft tragen muss und der kalkulatorische „Eigenanteil“ der Stadt demnach „nur“ 45 % beträgt.

(Berechnungsbeispiel - 500 € : 55 x 45 = 409,09 €)

Die Erhöhung des Pro-Schüler-Betrages von rd. 500 € auf 606 € führt in **2017** dazu, dass die Sachkostenerstattung der Stadt an den Landkreis für die Bramscher Schüler – „anteilig“ 70 % HS/RS-Schüler = 116 Schüler - an der IGS Bramsche sich **von rd. 47.500 € auf rd. 57.600 € erhöht**.

Für das Jahr **2018** ist bei geschätzten 240 Schülern aus Bramsche (davon 70 % HS/RS = 168 Schüler) mit einer Sachkostenerstattung an den Landkreis in Höhe von **rd. 84.000 €** zu rechnen.

Die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Bramsche sollen durch die nachfolgende Vergleichsberechnung deutlich gemacht werden (SkE = Schulsachkostenerstattung):

Vergleich mit und ohne Erhöhung:

Haushalt 2017		ohne Erhöhung der SkE (500,43 €)
SkE für 274 Hauptschüler	166.076 €	137.116 €
<u>Abzgl. SkE für IGS</u>	<u>57.600 €</u>	<u>47.500 €</u>
Verbleibende Einn.	108.476 €	89.616 €

SALDO Einnahme SkE neu zu alt **18.860 €**

Haushalt 2018		ohne Erhöhung der SkE (500,43 €)
SkE für 210 Hauptschüler	128.520 €	105.000 €
SkE für 115 Realschüler (im Geb. Heinrichstr.)	70.380 €	57.549 €
<u>Abzgl. SkE für IGS</u>	<u>84.000 €</u>	<u>68.793 €</u>
Verbleibende Einn.	114.900 €	93.756 €

SALDO Einnahme SkE neu zu alt **21.144 €**

Plus „Instandhalt.-Pauschale“ nach § 3 **31.281,25 €**

Vergleich 2017 und 2018:

Im direkten Vergleich der Gesamtsummen beider Haushaltsjahre ergibt sich aufgrund der veränderten Schülerzahlen dagegen folgendes Ergebnis:

Gesamt-Einnahme SkE 2017:	108.476 €
Gesamt-Einnahme SkE 2018:	114.900 €
Mehreinnahme SkE 2018:	6.424 €
<u>zzgl. Pauschale nach § 3:</u>	<u>31.291,25 €</u>
<u>Gesamt- Mehreinnahme 2018:</u>	<u>37.705,25 €</u>

Anlagenverzeichnis:

Öff.-r. Vereinbarung Schulsachkosten